



Grönshack



Bündnis 90 / Die Grünen im Landkreis Wittmund
Kommunalwahl 2011



Global Denken - Vor Ort handeln GRÜNE BLEIBEN WACHSAM

Es gibt einen tatsächlichen Atomkonsens in der Gesellschaft: Der Atomausstieg soll bis 2021 Realität werden. Bis tief in die Reihen der ehemaligen Atom-Befürworter reicht dieser Konsens. Ein Grüner - hart erkämpfter - Traum wird wahr!

Aber: Vor Ort soll das Weltnaturerbe Wattenmeer als Abfalldeponie missbraucht werden. Vieles gelangt ins Meer, weil es anderswo die kurzfristige wirtschaftliche Entwicklung so will. Beispielsweise: Millionen Kubikmeter Sole aus den Kavernen in Etzel, Öl und Plastikmüll, immer noch zu viele Pestizide aus der Landwirtschaft.

Der neueste Plan der Schwarz/Gelben Bundesregierung lautet: Kohlenstoffdioxid (CO₂) aus Kohlekraftwerken soll abgeschieden und unterirdisch gespeichert werden (Carbon Dioxide Capture and Storage, kurz CCS). Weil CCS an Land auf zu viel Widerstand der Menschen stößt, will es die Bundesregierung nun außerhalb der 12 Meilen Zone ins Meer verpressen. Praktisch - vor Ort darf ja keiner mitreden!

Ein weiterer Grund wachsam und kritisch zu bleiben ist der Klimaschutz. Auch wenn die Meisten die Energiewende im Landkreis wollen, ist der Klimaschutz nicht immer der Hauptgrund für viele Investoren. Oft stehen bei ihnen ganz eigennützige Interessen im Widerspruch zu Naturschutz und Bürgerinteressen.

Deshalb: trotz positiver Entwicklungen Grund genug, wachsam und kritisch zu bleiben! Genau dafür stehen wir Grünen seit 30 Jahren vor Ort! Da die Aufgaben wachsen, wollen wir stärker werden.

Helfen Sie uns mit ihren Stimmen dabei!

Diese Themen finden Sie auf folgenden Seiten:

Erneuerbare Energien	2
Sanfter Tourismus	3
Bürgernahe Politik	4
Umwelt- und Naturschutz	6
Soziales	8
Bildung	10
Fischerei	11
Landwirtschaft	11
ÖPNV	12

Wählen Sie am 11. September



100%-Erneuerbare-Energie-Region Landkreis Wittmund

Effizientere Energienutzung und regenerative Quellen

Nun wird es ernst mit der Energiewende. Wir wollen nicht den rückwärtsgewandten Weg der CDU und SPD mit mehr Kohlenutzung gehen.

Wir wollen, dass der Landkreis baldmöglichst unabhängig von Strom aus Atom und fossilen Energien wie Kohle, Öl und Gas wird und sich auch bei der Wärme schnell aus heimischen erneuerbaren Energien voll versorgt.

Unsere 100%- Erneuerbare-Energie-Region Wittmund soll das Plus an Erneuerbaren Energien an andere Regionen abgeben. Wir wollen, dass möglichst viele BürgerInnen von dieser Zukunftsindustrie profitieren. Dazu müssen wir gemeinsam diesen Weg beschreiten:

Energiesparen hat Vorrang

Die heutige Energienutzung ist wenig effizient. Da müssen wir alle sensibler werden. Die öffentlichen Einrichtungen müssen Vorbild und Vorreiter sein.

Durch wirksame Wärmedämmung der Gebäude nach dem Passivhaus- bzw. Niedrigenergiehaus Standard können gut zwei Drittel des bisherigen Heizwärmebedarfs eingespart werden, bei gleichzeitiger Steigerung der Wohnqualität. Das eingeleitete Klimaschutzprogramm des Landkreises ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Gut wäre ein Energieberatungssystem im Landkreis wie zum Beispiel der praxisbewährte Oldenburger Energiepass, um den Fortschritt bei Energieeffizienz im Gebäudebereich zu fördern.

Größtmögliche Effizienz bei der Erzeugung von Windenergie

Wir erzeugen im Landkreis im Vergleich zu anderen Regionen bereits viel Windenergie. Die Energiemenge muss nun durch effizientes Repowering erhöht werden. Bevölkerung und Naturschutz müssen in alle Planungen sehr frühzeitig einbezogen werden (siehe „Bürgernahe Politik“ sowie „Umwelt und Naturschutz“).

Wir wollen, dass möglichst viele BürgerInnen auch am Gewinn von Windparks beteiligt werden. D.h. bei neuen Windparks 100% Bürgerbeteiligung auch bei Repowering (nach Abzug des gesetzlich festgelegten Anteils). Es müssen auch Kleinanleger eine Chance haben. Bei Offshore-Wind sollte es zusätzlich eine Beteiligung der Fischer geben, um die durch Offshore auftretenden Nachteile zu kompensieren.

V.i.S.d.P. Bündnis 90 / Die Grünen, Kreisverband Wittmund

Nutzung der Sonnenenergie ausbauen

Insbesondere im Neubaubereich muss über die gesetzlichen Anforderungen hinaus Solarthermie zur Normalität werden. Öffentliche Neubauten und Renovierungen sollten nicht mehr ohne Einbeziehung der Solarthermie geplant werden.

Darüber hinaus brauchen wir im Rahmen des Klimaschutzprogramms des Landkreises ein Kataster aller solarenergiefähigen Dächer und geeigneten Freiflächen.

Grenzen für Energiegewinnung aus Biogas

Wir haben im Landkreis 18 Biogasanlagen in Betrieb, im Bau und in Genehmigungsverfahren. Das ist ausreichend um in wind- und sonnenarmen Zeiten die zukünftige Energieversorgung zu sichern.

Der derzeitige Ausbau ist aus Gründen der vergleichsweise schlechten CO₂ – Bilanz von Biogas und der Konkurrenz der Agrarflächen nicht zielführend. Die Fehlentwicklungen in der Biogasgewinnung müssen dringend korrigiert werden.

Wollen Sie bei den Grünen mitmachen? Kein Problem. Nehmen Sie Kontakt über unsere Webseite www.gruene-wittmund.de/Kontakt mit uns auf!

Dezentralisierung der Versorgung

Für kleine Versorgungseinheiten, wie kleinere Gemeinden oder Wohngebiete, könnten Wärmenetze mit integrierten Großspeichern oder Blockheizkraftwerke eine technisch und wirtschaftlich vorteilhafte Lösung sein. Eine Option wäre auch, dass einzelne Gemeinden, wie z. B. Inselgemeinden, einen völlig autarken Weg gehen. Um diese dezentralen Lösungen zu ermöglichen wäre eine Übernahme der Strom- und Gasnetze durch die Gemeinden sinnvoll. (Bisher wurden dezentrale Versorgungsansätze durch die EWE blockiert). Andere Landkreise wie z.B. der Rhein-Hunsrück-Kreis erzielen so zusätzliche Einnahmen (siehe Klimaschutzinitiative unter www.kreis-sim.de).

Weitere Infos z.B. zum Ausbau von Stromnetzen, Speichermöglichkeiten, andere Energieformen: „Grünes Energieszenario für Niedersachsen“:

www.fraktion.gruene-niedersachsen.de/cms/default/dok/376/376066.gruenes_energieszenario.html

Wählen Sie am 11. September

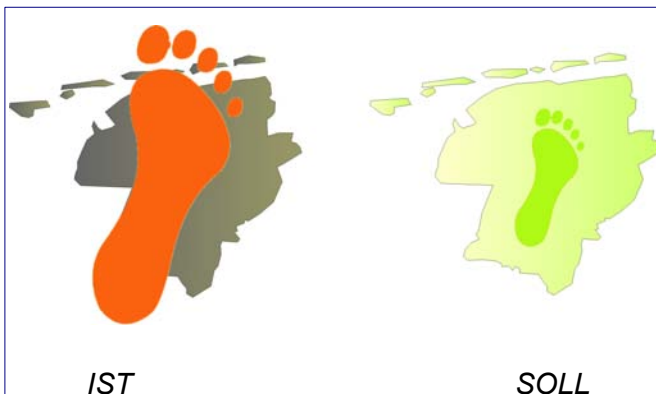


Sanfter Tourismus

Wir wollen mehr Qualität und Nachhaltigkeit

Der Tourismus ist in unserer Region ein **bedeutender Wirtschaftsfaktor**. Er wird sowohl von kommunalen wie privatwirtschaftlichen Betrieben gestaltet. Er schafft Arbeitsplätze und Einkommen. Auf der anderen Seite tragen die Erholungssuchenden zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen bei, verbrauchen vor Ort Ressourcen und produzieren Abfall.

Dieser "Fußabdruck" muss möglichst klein gehalten werden. Ostfriesland hat das Alleinstellungsmerkmal der familienfreundlichen Nutzung seiner natürlichen und kulturellen Ressourcen.



Bisher gestaltet sich der Tourismus in Ostfriesland nicht ausreichend umweltschonend.

Tourismus darf durch konzeptionsloses Wachstum nicht das zerstören, was die Region so attraktiv macht. Deshalb machen Bündnis 90 / Die Grünen sich stark für den "sanften" Tourismus.

- Anreise
- Unterkünfte und
- Mobilitätsangebote vor Ort

müssen nach ökologischen Gesichtspunkten gestaltet werden. Ziel ist die kontinuierliche Verminderung des ökologischen Fußabdrucks.

Unterkünfte für sanften Tourismus sollen harmonisch an ihre Umgebung angepasst und möglichst emissionsfrei eingerichtet sein sowie regenerative Energien nutzen. Die Kommunen müssen ein Anreizsystem dafür schaffen.

Durch ein umfangreiches Netz von Radwegen und ein stetig verbessertes Angebot des ÖPNV können Urlauber auch ohne PKW die natürlichen und kulturellen Besonderheiten unserer Region kennenlernen. Das Weltnaturerbe Wattenmeer mit seinen Schutzbestimmungen ist ein gutes Beispiel für das Erleben von Natur, ohne diese zu sehr zu beeinträchtigen. Der Einsatz regionaler Produkte (z.B. in der Gastronomie) verringert nicht nur den "Fußabdruck", sondern kann erheblich zur weiteren Sicherung von Arbeitsplätzen in der regionalen Wirtschaft beitragen.

Denn mehr Nachhaltigkeit im touristischen Angebot (mehr regionale Produkte, weniger Lärm und Abgase durch weniger Abfälle) bedeutet für die Bevölkerung mehr Arbeitsplätze und Lebensqualität sowie für den Gast eine erweiterte Urlaubsqualität.

Ihre Stimmen für unsere Kandidatinnen und Kandidaten! Für eine starke GRÜNE Kreistagsfraktion!

Im Wahlbereich I Friedeburg kandidieren:



Jürgen Scheidweiler
Dipl. Ingenieur



Kirsten Getrost
Selbstständig



Horst Hattensaur
Krankenpfleger



Lydia Putze
Hausfrau



Waltraud Hattensaur
Rettungsassistentin

Wählen Sie am 11. September



Bürgernahe Politik

Bürgernähe und -beteiligung ist ein zentraler GRÜNER Grundsatz

Politik für die Menschen kann sich nicht mehr allein durch Wahlen in regelmäßigen Zeitabständen legitimieren. Gesellschaftlicher Wandel entsteht nicht in Sitzungszimmern. Wir Grünen streben eine frühzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung an.

Diese darf dabei nicht

- als bloße Präsentationsveranstaltung bereits gefällter Entscheidungen begriffen und durchgeführt werden.
- auf das gesetzlich vorgeschriebene Maß beschränkt und formal abgehandelt werden.

Solche Formen der Scheinbeteiligung tragen zur Demokratieverdrossenheit bei. Demokratie braucht Bürgerbeteiligung, Meinungs-austausch und transparente Entscheidungsprozesse.

Die Kommune ist die Grundeinheit unseres Gemeinwesens.

Deshalb müssen aus unserer Sicht gerade die kommunalen Entscheidungen für Bürgerinnen und Bürger transparent und nachvollziehbar getroffen werden. Nur dann können sie sich damit identifizieren. Von der Freiraumgestaltung bis zur Verkehrsplanung gilt: Planungsprozesse sollten so früh wie möglich auf Augenhöhe mit denjenigen erörtert werden, auf die sich die Planung nachher direkt auswirkt - und nicht über die Köpfe der Menschen hinweg entschieden werden.

Allerdings bedeutet dies einen gewissen Mehraufwand seitens der Verwaltung sowie der Kommunalpolitiker und kann nur gelingen, wenn die Bürgerinnen und Bürger sich einbringen.



Die Grünen im Kreishaus – sie stehen für Transparenz und Bürgernähe

Bürgerhaushalt

Die Einführung eines Bürgerhaushaltes haben wir bereits auf den Weg gebracht.

Gerade in Zeiten knapper öffentlicher Kassen ist es wichtig, verantwortungsvoll Prioritäten zu setzen. Politik ist in der Pflicht, offen und verständlich darzulegen, was sich im Haushaltsplan verbirgt. Es ist gut, wenn die Bürgerinnen und Bürger wissen, und auch im konkreten Fall mitbestimmen, wofür Ihre Steuergelder ausgegeben werden.



Sie sollen wissen, was mit ihren Steuergeldern geschieht, denn das Geld liegt nicht auf der Straße

Dafür ist es wichtig, genau diejenigen Beträge zu kennen, die für Pflichtaufgaben aufgewendet werden müssen. Sie müssen auf diesem Weg auch erfahren, wo und in welchem Umfang kommunaler Gestaltungsspielraum besteht und wie dieser für das Gemeinwesen nutzbar gemacht werden kann.

(Siehe auch www.pfz.at/article1054.htm)

Wir sehen in der Aufstellung eines Bürgerhaushalts ein solches Angebot und erwarten auf diesem direktdemokratischen Weg viele gute Vorschläge aus der Bürgerschaft.

So sollte es weitergehen:

Seit 2003 fordern wir neue auf dem Internet basierende Formen der Bürgerbeteiligung. Es wird Zeit, dass diese Forderung endlich umgesetzt wird.

- Diese Webseiten sollen Bürgerinnen und Bürgern eine moderne Form der Bürgerbeteiligung mit der kommunalen Verwaltung ermöglichen.

Wählen Sie am 11. September



Bürgernahe Politik

Bürgernähe und -beteiligung ist ein zentraler GRÜNER Grundsatz

- Ein Ratsinformationssystem soll aktuelle und vergangene Sitzungen auf die Website stellen, damit sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger ein genaueres Bild von der Positionierung der MandatsträgerInnen machen können.
- Übertragung, Aufzeichnung und Archivierung der Sitzungen im Internet, damit auch Berufstätige die Möglichkeit haben, die Sitzungen nachzuvollziehen.
- Generell fordern wir eine kosten-, diskriminierungs- und barrierefreie Bereitstellung von öffentlichen Daten und Informationen. Ausnahmen bilden hier Informationen, die personenbezogene Daten beinhalten bzw. die Belange Dritter berühren. Die informationelle Selbstbestimmung muss geschützt werden.

Bündnis 90 / Die Grünen ist die Partei, die aus einer aktiven BürgerInnenbewegung entstanden ist. Diesen „Wurzeln“ fühlen wir uns verpflichtet und streben deshalb eine aktive Kommune an, in der sich die Bürgerinnen und Bürger politisch einmischen.



Wir wollen ein bürgerschaftliches Engagement, das auf Grundhaltungen wie „Bürgersinn, Zivilcourage und Solidarität“ basiert, so ein soziales Miteinander fördert und weiterentwickelt. Dabei sind wir uns durchaus bewusst, dass dies nicht frei von Spannungen und Konflikten sein wird.

Bürgernähe und Bürgerbeteiligung sind für uns ein zentraler politischer Grundsatz.



Die Grünen machen sich schon seit Jahren stark gegen rechtsextreme Aktivitäten im Landkreis. Hier am Rande einer Gegenkundgebung zur heuchlerischen Beteiligung von Jung Nationalsozialisten und DVU an dem Gedenktag der Stadt Esens für die Bombenopfer vom 27. Oktober 1942

Wählen Sie am 11. September



Umwelt- und Naturschutz

Naturschutz in unserem Landkreis

Beim Naturschutz geht es uns generell um den Erhalt der Tier- und Pflanzenarten einschließlich ihrer Lebensräume. Klar ist, die Ressource Natur ist nicht unbegrenzt belastbar. Da jedoch Naturschutzmaßnahmen, wie beispielsweise Renaturierungen oder die Pflege von Wallhecken, selten einen direkten wirtschaftlichen Nutzen haben, werden sie häufig als überflüssig betrachtet. Mittelfristig und langfristig stellen sie jedoch einen Gewinn dar! (z. B. durch den Erhalt des Artenreichtums und der biologischen Vielfalt). Ebenfalls profitiert der Tourismus als wichtiger Wirtschaftsfaktor davon. Auch geht es uns nicht darum, die Natur generell in Schutzgebiete einzusperren. Wir wollen die Integration von Mensch und Natur. Dabei müssen von den Besuchern bestimmte Regeln eingehalten

Naturschutz als Zukunftsinvestition für unseren Landkreis

Die sogenannten „Roten Listen“ werden immer länger, d.h. es gibt Jahr für Jahr mehr Tier- und Pflanzenarten, deren Bestand gefährdet ist oder die vom Aussterben bedroht sind. Aus diesem Grund werden wir uns in unserem Landkreis weiterhin für folgende Maßnahmen einsetzen:

- Weitere Vernetzung bestehender Biotop (Biotop-Verbundsystem) und sinnvoller Flächenankauf zur Erweiterung des Bioverbundsystems. Für diese Aufgabe existiert z.B. die „Naturschutzstiftung Friesland, Wittmund, Wilhelmshaven“. Ihre Aufgabe besteht im Ankauf, der Entwicklung und Betreuung von Naturschutzflächen
www.naturschutzstiftung-friwtmwhv.de
- Naturnaher Rückbau von Gewässern
- Überarbeitung aller Landschaftsschutzverordnungen und großzügige Ausweisung neuer Landschaftsschutzgebiete (z.B. Etzeler/Neustädter Bucht)
- Intensive Bemühungen um den Schutz von Wallhecken und Neuanlage von Wallhecken
- Vorbeugende und sanierende Maßnahmen für den Gehölzschutz

werden, um den Einklang zwischen Mensch und Natur zu gewährleisten. Leider muss dieser Einklang auch überprüft werden, um Missständen vorzubeugen, wie viele Negativbeispiele zeigen.

Weltnaturerbe Wattenmeer ernst nehmen

Das Wattenmeer erhielt den UNESCO-Titel „Weltnaturerbe“. Trotz des Titels schlagen Naturschützer Alarm. Das Wattenmeer ist weiterhin stark gefährdet. Vielfältige Nutzungsinteressen und Klimawandel gefährden in ihrer Summe den Fortbestand dieser einzigartigen Landschaft.



Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer

Der Titel „Weltnaturerbe“ lockt mehr Touristen an. Es fehlt jedoch das Personal, um für die Einhaltung der Regeln, im Sinne eines sanften Tourismus, im Naturschutzgebiet zu sorgen. Personal könnte aufklärend auf die Besucher einwirken. Derzeit sind gerade einmal sechs Nationalparkwärter im Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer im Einsatz, um ein Gebiet von 354 000 Hektar zu schützen.

Ölverschmutzung und Plastikmüll

Etwa 100.000 t Öl gelangen jährlich in die Nordsee. Es stammt zum Teil von Unfällen (9 %). Der überwiegende Teil sind illegal entsorgte Treibstoffreste von Schiffen (23 %), „Geklecker“ der Bohrseln (20 %) und Einleitungen über Flüsse (48 %). Plastikmüll ist ein weltweites Problem und gefährdet in zunehmendem Maße unsere Meere und Küsten. Von den jährlich bis zu 240 Millionen Tonnen produziertem Plastik landen nach Schätzungen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen mehr als 6,4 Millionen Tonnen als Müll in den Ozeanen.

Wählen Sie am 11. September

Umwelt- und Naturschutz

Naturschutz in unserem Landkreis

Die Überbleibsel unserer zivilisierten Wegwerfgesellschaft kosten jedes Jahr Zehntausenden von Meerestieren das Leben und gefährden die faszinierende Unterwasserwelt. Ein Großteil des Plastikmülls im Meer kommt vom Land über Hochwasser und Flüsse. Diese tragen den schwimmenden Müll dann in die Meere. Daneben spielen die Einträge aus der Schifffahrt, der Fischerei und der Offshore-Industrie eine entscheidende Rolle. Auf diesem Weg gelangen Jahr für Jahr mehr als 20.000 Tonnen der tödlichen Fracht in die Nordsee.

Jeder von uns kann helfen, die Meere sauberer zu machen. Meeresschutz fängt zu Hause an! Eine Veränderung unseres Konsum- und Wegwerfverhaltens kann helfen, das Überleben der vielfältigen Meereswelt zu sichern.

Luftverschmutzung

Schiffsemissionen sind eine bedeutende Schadstoffquelle. Sie belasten die Küstenregionen und das Klima. Um die Schadstoffe zu reduzieren, wurden für die Nord- und Ostsee Schutzgebiete (SECA) eingerichtet. Diese müssen ausgedehnt und endlich mit umweltfreundlicheren Treibstoffen befahren werden. Dagegen positionieren sich derzeit Reedereien. Sie wollen weiter mit billigen Treibstoffen fahren. Vor allem Innovationen in der Antriebstechnik können die Schifffahrt umweltfreundlicher machen. Die meisten Schiffe fahren derzeit noch mit Rückständen aus Raffinerien (Schweröl).

Global und europaweit wird seit langem über die Einbeziehung des Schiffsverkehrs in ein Klimaschutzregime nachgedacht. Bisher ist der Schiffsverkehr von Klimaschutzvereinbarungen ausgeklammert, obwohl er einen größeren Anteil an klimaschädlichen Emissionen ausstößt als beispielsweise der Flugverkehr.



Intakte Natur – Wie lange noch?

Was muss geschehen?

Da die Zuständigkeiten für die Beseitigung dieser Probleme weitgehend beim Land und Bund liegen, bleiben uns vor Ort nur die Möglichkeiten von Appellen und Resolutionen. Über unsere Landtags- und Bundestagsfraktionen werden wir uns hier für eine positive Änderung einsetzen.

Wichtig ist uns zudem, dass bestehende Gesetze und Verordnungen eingehalten werden!

Ihre Stimmen für unsere Kandidatinnen und Kandidaten! Für eine starke GRÜNE Kreistagsfraktion!

Es kandidieren im Wahlbereich

II Wittmund Stadt



Volker Fritsch
Selbst. Energiefachmann



Rainer Nölken
Pensionär

Christiane Lux-Hartig
Integrationsberaterin

III Wittmund Land



Ingrid Ahrens
Ärztin



Wolfram Ueberschär
Schriftsetzer

Wählen Sie am 11. September

Soziale Teilhabe - kommunal gestalten Solidarisches Miteinander ermöglichen

Wie wir miteinander leben und das Miteinander aller Menschen in unseren Kommunen regeln wollen, steht im Zentrum grüner Politik. Die kommunale Daseinsvorsorge umfasst neben wirtschaftlichen auch soziale und kulturelle Dienstleistungen. Ihre Nutzung muss allen Menschen in den Kommunen ermöglicht werden.



Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM)

Die Probleme von Alleinerziehenden, Migranten, Erwerbslosen, jungen Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen erfordern fantasievolle Lösungen. Die Engpässe in den kommunalen Finanzen sind uns bekannt. Ausgaben für Projekte, die zur Förderung der sozialen Gerechtigkeit in unseren Kommunen beitragen, dürfen aber nicht als erstes "gekippt" werden. Das betrifft die Kosten der kommunalen Kinderbetreuung sowie der Jugend- und Altentreffs ebenso wie die Unterstützung von Aufführungen der Niedersächsischen Landesbühne. In der Landes- und Bundespolitik machen Grüne sich stark für eine veränderte Bemessungsgrundlage bei der Gewerbesteuer.

Ziel muss hier sein, die Einnahmehasis zu verbreitern und so weniger starke Schwankungen zu erreichen. Angesichts der sich verstärkenden Bemühungen um ein Repowering bestehender Windparks, sollte neben der Einrichtung von Bürgerwindparks auch die Beteiligung der Kommunen in Erwägung gezogen werden. Es würden Einnahmen generiert, die z. B. für weitere Stellen im Bereich der Kinderbetreuung oder anderen sinnvollen Projekten zur Sicherung der Teilhabe sozial benachteiligter Menschen eingesetzt werden könnten.

Bürgerschaftliches Engagement als sinnvolle freiwillige Ergänzung der öffentlichen Fürsorge in diesen Bereichen muss weiterhin unterstützt und gefördert werden. Das kann durch Bereitstellung von Räumen in öffentlichen Gebäuden bis zur Übernahme der notwendigen Kosten für Planung und Durchführung geschehen. Kleine Beträge haben hier oft große Wirkung. Sie helfen größere Folgekosten sozialer Schieflagen zu vermeiden.

Die eigentliche soziale Absicherung geschieht aber immer noch durch ein ausreichendes privates Erwerbseinkommen. In allen kommunal beeinflussbaren Beschäftigungsverhältnissen muss daher Tarifpflicht bestehen. Beim Einsatz "geringfügig Beschäftigter" muss sichergestellt sein, dass damit kein dauerhafter Ersatz für tarifliche Beschäftigungsverhältnisse entsteht.

Wir sorgen dafür, dass diese Themen nicht an den Rand gedrängt werden!

Ihre Stimmen für unsere Kandidatinnen und Kandidaten! Für eine starke GRÜNE Kreistagsfraktion!

Im Wahlbereich IV Esens kandidieren:



Martin Mammen
Dipl. Ingenieur



Ulrike Maus
Dipl. Psychologin



Hayung Böttcher
Landwirt



Reiner Menken
Landwirt



Maximilian Schulze
Schüler



Manfred Pieper
Landwirtschaftsmeister



Barbara Strauß
Dipl. Psychologin



Gerda Beyer
Lehrerin i. R.



Michael Woltersdorf
Dipl. Sozialarbeiter



Ingrid Strauß
Lehrerin



Henning Ledebur
Student

Wählen Sie am 11. September



Grüne Aktivitäten auf der Straße

Sichtbar sein -sichtbar gemeinsam stark



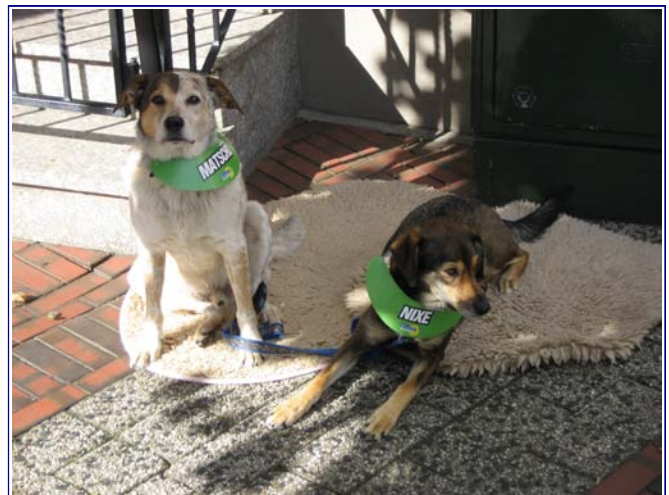
Am Etzeler Kavernengelände: Teilnahme der Grünen an der Demo Horster, Etzeler und Marxer Bürger für den Erhalt ihrer Wohn- und Lebensqualität



Ina Korter, unsere ehemalige Landratskandidatin, im Gespräch mit unserem Kreistagsabgeordneten Martin Mammen



Infostand in Esens



Unsere „tierischen Wahlhelfer“



Grüne Jugend auf der Anti-AKW-Demo (und Anti-Kohle) im Mai 2011 in Wilhelmshaven



Wählen Sie am 11. September



Bildung sichert Zukunft Gemeinsam – ganztags – gut!

Ausgaben für Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Gute Kinderbetreuungs-, Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir Grünen wollen deshalb Bildungseinrichtungen vor Ort, die Lernpotenziale aller Betroffener fördern, soziale Ausgrenzungen verhindern und ihre Qualität ständig verbessern.

Krippen, Kindergärten, KITAs: Ein starker Start für alle Kinder muss möglich sein.

Ab 2013 haben viele Kinder ab dem 1. Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz. Die Kommunalpolitik muss die Voraussetzungen hierfür schaffen.



Wir werden uns in den Kommunen weiterhin, zusammen mit den Eltern, für die Verbesserung von Betreuungsschlüsseln in Kindergärten einsetzen. Nur so kann das Ziel, jedes Kind individuell und gezielt zu fördern, erreichbar gemacht werden. Die

verstärkte Einstellung von männlichen Mitarbeitern kann überkommene Rollenvorstellungen abbauen helfen. MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund erhöhen die Chance der Integration von Migranten-Kindern. Ein flexibler, dem Entwicklungsstand jedes einzelnen Kindes angepasster Übergang in das Regelschulsystem schließt die Kindergartenzeit ab. Dies alles wird nicht ohne finanzielle Unterstützung des Landes und des Bundes gehen.

Gemeinsames und ganztägiges Lernen

Gemeinsames Lernen unterschiedlicher Schülergruppen fördert nachweislich den Lernfortschritt aller Beteiligten, dazu auch die Entwicklung gemeinsamer sozialer und kultureller Werte einer solidarischen Zivilgesellschaft. Im dreigliedrigen Schulsystem steht Aussortieren im Vordergrund. Selbst in der von der CDU/FDP Landesregierung geförderten "Oberschule" sind integrative Ansätze sehr begrenzt und meistens nicht bis zum Abitur möglich. Auch in der KGS in Wittmund bleiben die SchülerInnen getrennt in ihren Schulformen. "Gemeinsame Schule" meint

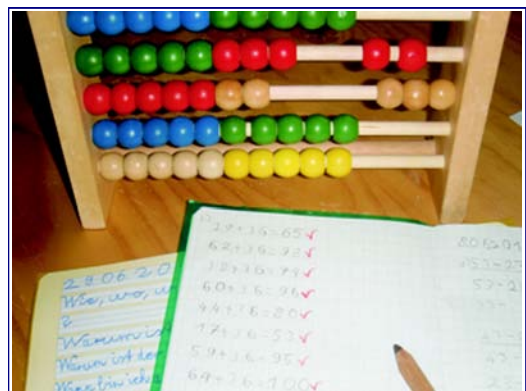
auch "Inklusion", also die weitgehende Einbeziehung des bisherigen förderschulischen Unterrichts in die Regelschule.

Ganztagsunterricht ist bereits in vielen Schulen im Landkreis eingeführt. Wir wollen ihn ausdehnen und mittelfristig an jeder Schule verbindlich anbieten. Voraussetzung dafür ist eine adäquate personelle wie qualitätsmäßige Absicherung. Sie ermöglicht eine individuelle Förderung zum Ausgleich von Lernschwächen ebenso wie die Einbeziehung außerschulischer Lernorte und deren Expertenwissen und dient so der Bildung der gesamten Persönlichkeit der Schülerinnen und Schüler. Die Bildungsarbeit der Schulen wird durch sozialpädagogische Fachkräfte unterstützt.

Berufliche Bildung und Weiterbildung

Die beruflichen Bildungsmöglichkeiten im Landkreis entsprechen mit dem Angebot der BBS in Wittmund den regionalen wirtschaftlichen Gegebenheiten. Der Ausbau zu einem echten "Regionalen Kompetenz- und Weiterbildungszentrum", nicht nur für die berufliche Erstausbildung, könnte die Auslastung der Schule auch bei zurückgehenden Schülerzahlen sicherer machen.

Möglichkeiten, sich sowohl berufsintern als auch interessengeleitet weiterzubilden, müssen gesichert werden. Die kreisübergreifende Zusammenarbeit der VHS in Wittmund und Jever ist ein gutes Beispiel. Die Ausweitung dieser Aktivitäten zu regionalen Netzwerken aus öffentlichen Bildungseinrichtungen, freien Trägern und Unternehmen, sollte den Bildungsansprüchen aller Bürgerinnen und Bürger auch nach Beendigung ihrer (Pflicht-) Schulzeit gerecht werden können. Solch ein Angebot kann als kleiner Pflasterstein auf dem Weg zu mehr Lebensqualität im Landkreis gesehen werden.



Wählen Sie am 11. September



Fischerei

Nachhaltiger Fischfang ist uns wichtig

Nur mit aufwärmenden Worten und Mitleidsbekundungen kann die Küstenfischerei an unserer Küste nicht erhalten werden.

Wenn nicht bald Taten folgen, werden nur noch große Fischtrawler hinter den Inseln auf Fischfang gehen und das idyllische Bild von heimischen Kuttern in unseren Häfen wird der Vergangenheit angehören. Nur ein nachhaltiger Fischfang mit bestands-erhaltenden Fischereimethoden, ohne Überfischung, ohne Schädigung des Meeresbodens und mit Minimierung ungewollter Beifänge, sichert die Existenzen der hiesigen Küstenfischerei und deren Familien!



Wie lange wird es dieses idyllische Bild noch geben?

Landwirtschaft

Für den Erhalt der bäuerlichen Familienbetriebe

Damit die artgerechte Weidehaltung erhalten bleibt, setzen wir Grüne uns für den Erhalt der bäuerlichen Familienbetriebe ein. Der fortschreitende Strukturwandel hin zu größeren Einheiten, zu industriellen Tierhaltungsformen, muss beendet werden. Ebenso der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen und der Einsatz gentechnisch veränderter Futtermittel.

Die Milchviehbetriebe brauchen faire Preise und politische Rahmenbedingungen, die dies ermöglichen. Hier liegt der Schlüssel für eine Agrarpolitik, die von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen wird. Ohne kostendeckende Preise können auch notwendige

ökologische Leistungen nicht in dem Maße erbracht werden, wie sich das Verbraucher und auch die Mehrheit der Bauern selbst wünschen würden.

Die Ausweisung weiterer Natur- und Landschaftsschutzgebiete sollte in Abstimmung zwischen Landwirtschaft und Naturschutz erfolgen. Dabei sind finanzielle Einbußen auszugleichen.

Weitere auf Maisbasis arbeitende Biogasanlagen verträgt das Kreisgebiet nicht! Die „Vermaisung“ der Landschaft mit all ihren Problemen wird sonst weiter zunehmen. Die Erzeugung von Lebensmitteln muss Vorrang haben.

Ihre Stimmen für unsere Kandidatinnen und Kandidaten!

Für eine starke GRÜNE Kreistagsfraktion!

Im Wahlbereich V Holtriem, Langeoog, Spiekeroog kandidieren:



Heiko Janssen
Maurermeister



Dirk Bohlen
Wasserbauer



Karen Hohn
Heimleiterin



Klaus Günther
Dipl. Sozialpädagoge



Joke Pouliart
Tischler



Axel Eisenacher
Angestellter



Heike Janssen
Zahnmed. Ass.

Wählen Sie am 11. September



ÖPNV in Ostfriesland

Professionellen Betrieb und bessere Vernetzung

Ein Kommentar eines Neu-Ostfriesen - Ein Holtriemer erlebt den Öffentlichen Personen Nahverkehr (ÖPNV) in Ostfriesland.

Während der Öffentliche Verkehr zu Wasser – vornehmlich die Versorgung der Inseln – weitgehend funktioniert und der schienengebundene Verkehr zumindest in Teilbereichen eine Lobby findet (Jade-Weser-Port, Anbindung von Bensersiel und Wiederherstellung der Trasse Dornum – Esens), bleibt der Busverkehr ein Stiefkind der Verkehrsplaner.

Die zuständigen Landkreise und kreisfreien Städte sorgen durch den Vertrag zwischen ihrem Verbund *Verkehrsregion Nahverkehr Ems Jade (VEJ)* und dem Zusammenschluss der die Buslinien betreibenden Unternehmen *Verkehrsverbund Ems Jade (VEJ)* gerade einmal dafür, dass Schülerinnen und Schüler ihre Schulen erreichen und wieder nach Hause kommen.

Das sind Fragen, die bei der Vielzahl beteiligter Busunternehmen nicht so einfach zu beantworten sind. Und vor allem: Wissen die Zahnschmerzen auch, zu welchen Zeiten sie nicht kommen dürfen? Auf andere Fahrgäste als Schülerinnen und Schüler scheinen die Busunternehmen auch gar keinen Wert zu legen. Das dokumentiert schon der auf den Internet-Seiten beider VEJ angebotene „Fahrplaner“. Die zugrunde liegenden Daten haben eine derart miserable Qualität, dass der Informationsgehalt dieser Fahrplanauskunft bestenfalls zum Totlachen geeignet ist, wenn es denn nicht so traurig wäre. Bushaltestellen sind nicht da, wo die geografische Karte sie anzeigt. Gehbehinderte aufgepasst: Nur nach mehr oder minder langen Fußmärschen (z. B. mehr als eine halbe Stunde) können Haltestellen erreicht werden. Es werden nicht existierende Buslinien empfohlen (z. B. die virtuelle Linie 484 in



Wer dem Schulalter entwachsen ist hat weitgehend Pech gehabt, wenn er zu anderen als den schulüblichen Zeiten oder an Nicht-Schultagen ein Transportbedürfnis hat.

Insbesondere in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern braucht man in Ostfriesland ein Auto, sei es ein eigenes oder ein Taxi, wenn man die eigene Gemeinde verlassen will oder muss. Anlässe gibt es genug: Einkäufe, Behördengänge, Arztbesuche, Besuche von Verwandten, Bekannten oder auch vielleicht einer kulturellen Veranstaltung im Nachbarort, usw., usw.

Rufbusse sind auch keine wirkliche Lösung, denn: Fahren sie auch am Wochenende? Wann muss ich mich vorher unter welcher Rufnummer melden?

Holtriem). Statt dessen werden real existierende Buslinien mit ihren Zeiten nicht angegeben.

Nicht nur in der Internet-Welt ist Ostfrieslands Busverkehr eher als katastrophal einzuschätzen. So hängen reale Fahrpläne von Buslinien an Haltestellen, die sie nicht anfahren. Über einzelne Busunternehmen hinausgehende Fahrpläne, die nicht nur für Einheimische einen Überblick über in Ostfriesland erreichbare Ziele informieren, sind leider Fehlanzeige.

Einzig in den Zeitungen erscheinen in schöner Regelmäßigkeit Artikel, in denen Busunternehmen ihre großartigen Leistungen für Ostfriesland herausstellen. Nicht auszumalen, was passiert, wenn sie einmal in ihren großartigen Leistungen nachlassen sollten.

Wir fordern:

- **Der Verkehrsverbund (VEJ) muss mehr Öffentlichen Verkehr anbieten als den -natürlich notwendigen- SchülerInnen-Nahverkehr.**
- **Der Landkreis muss sich als Mit-Auftraggeber für den professionelleren Betrieb und eine echte Vernetzung des Angebots stark machen.**
- **Die Lücken im Schienennetz müssen geschlossen werden. Bahn free vor'd Küstenbahn!**

Wählen Sie am 11. September

